

KEYNES VS. FRIEDMAN ANGEBOTS- UND NACHFRAGEORIENTIERUNG

- Mit den Konjunkturindikatoren haben wir Analysetools kennengelernt, mit denen man diagnostizieren kann, wie es der Wirtschaft so geht.
- Mit den verschiedenen Theorien und Zyklen haben wir erfahren, dass das Auf und Ab der Wirtschaft durchaus nicht ungewöhnlich, teilweise sogar zwangsläufig ist.

Was kann man nun aber tun, wenn die Wirtschaft schwächelt oder gar ganz am Boden liegt?

Innerhalb des Systems gedacht und mit Blick auf die Modelle der Wirtschaftskreisläufe kommen wir zunächst einmal bei zwei Akteuren an, auf die man mit wirtschaftspolitischen Mitteln einwirken kann: Die Anbieter und die Nachfrager von Konsumgütern. Konsequenterweise fußen auf diesen beiden Akteuren zwei zentrale Ansätze der Wirtschaftspolitik:

- Der **angebotsseitige Ansatz nach Milton Friedman**
- und der **nachfrageseitige Ansatz nach John Maynard Keynes**

Beide Theorien bieten unterschiedliche Perspektiven darüber, wie die Wirtschaft in Zeiten von Inflation, Arbeitslosigkeit und stagnierendem Wachstum reagieren sollte.



NACHFRAGEORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK (KEYNESIANISMUS)

John Maynard Keynes, ein britischer Ökonom, gilt als der Begründer der Keynesianischen Wirtschaftstheorie. Seine Hauptthese ist, dass die Gesamtnachfrage (also der Konsum und die Investitionen in einer Volkswirtschaft) der entscheidende Faktor für das Wirtschaftswachstum ist. Wenn die Nachfrage sinkt, etwa durch eine Krise oder einen Rückgang des Konsums, kann es zu einem Rückgang der Produktion und steigender Arbeitslosigkeit kommen. In solchen Fällen sei der Staat gefragt, aktiv in die Wirtschaft einzugreifen.

Help him!



Theoretische Grundlagen

- Entwickelt von John Maynard Keynes in den 1930er-Jahren als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise.
- Erneute Relevanz in der Finanzkrise 2008.
- Weitere Vertreter: Paul Samuelson, Joseph Stiglitz, Paul Krugman.

Kernthesen

Staatliche Eingriffe sind notwendig:

Freie Märkte führen nicht automatisch zu Vollbeschäftigung und sie sind auch nicht jederzeit in der Lage, wirtschaftliche Schieflagen zu korrigieren.

Nachfrage bestimmt das Wachstum:

Unternehmen investieren nur, wenn sie eine ausreichende Nachfrage erwarten. So sollte eine Steigerung der Nachfrage im Zentrum staatlicher Förderung stehen.

Defizitfinanzierung in Krisen ist legitim:

Der Staat soll in wirtschaftlich schlechten Zeiten Schulden aufnehmen, um die Nachfrage zu stabilisieren (*deficit spending*) und in wirtschaftlich guten Zeiten dafür Vorsorge treffen bzw. sich das Geld - z.B. in Form von Steuern - zurückholen (*Antizyklische Haushaltspolitik*)

Multiplikatoreffekte:

Staatliche Investitionen lösen einen Wachstumseffekt aus, der die Wirtschaft ankurbelt (sozusagen eine Kettenreaktion, die aber erst einmal einen Startimpuls braucht)

Automatische Stabilisatoren:

Soziale Sicherungssysteme (Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe) dämpfen Abschwünge.

Löhne sind keine reine Kostenfaktoren:

Höhere Löhne sind nicht einfach nur Kosten, die man klein halten sollte, denn sie stärken die Kaufkraft und führen so zu mehr Konsum und Wachstum.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen

- **Erhöhung der Staatsausgaben**, insbesondere für Infrastruktur und öffentliche Investitionen. Staat wird zum Nachfrager öffentlicher Güter.
- **Steuererleichterungen für untere und mittlere Einkommen**, um die Konsumnachfrage zu stärken.
- **Erhöhung der Sozialleistungen**, um die Kaufkraft zu sichern.
- **Stabilisierung des Arbeitsmarktes** durch Mindestlöhne und Kündigungsschutz.
- **Expansive Geldpolitik** (s.u.), d. h. niedrige Zinsen zur Förderung von Investitionen.

KEYNES

Grundannahme: Marktwirtschaftliche Systeme sind instabil und nicht im Gleichgewicht

Das bedeutet: Ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage ist am wahrscheinlichsten.

Ferner: Die Wirtschaft neigt zu einer Situation, in der eine zu geringe gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Arbeitslosigkeit herrschen.

Die Folge: Die Marktkräfte können Arbeitslosigkeit nicht aus eigener Kraft und nicht in angemessener Zeit beseitigen!

Ansatz: Deshalb muss der Staat in das Marktgeschehen eingreifen, um die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen selbst anzukurbeln.

Maßnahmen: Der Staat wird selbst zum Nachfrager, verteilt Aufträge, investiert in öffentliche Güter.

Maßnahmen: Der Staat verschuldet sich in Phasen der konjunkturellen Tiefphase, um Nachfrage zu generieren und um Jobs zu schaffen. (**deficit spending**).

Maßnahmen: Senkung des Leitzins. Verbilligung von Krediten zur Erleichterung von Investitionen durch die Zentralbank.

Kritik: Durch die Investitions- und Nachfrageaktivitäten des Staates verdrängt dieser den Konsum und die Investitionen von Haushalten und Unternehmen, weil sich durch die Nachfrage nach Konsumgütern und Geldmittel beides verteuert. **Crowding Out Effekt!**

Kritik: Die anvisierte **antizyklische Wirtschaftspolitik** wirkt durch Verzögerungseffekte am Ende noch dazu **prozyklisch** und schlichtweg erst dann, wenn sie nicht mehr nötig ist!

Kritik an der nachfrageorientierten Politik

Staatsverschuldung steigt:

Ein dauerhaft schuldenfinanzierter Staatshaushalt kann langfristig (für künftige Generationen) problematisch werden.

Inflationsgefahr:

Wenn zu viel Geld in die Wirtschaft gepumpt wird, kann dies Preissteigerungen auslösen.

Politische Fehlanreize:

Regierungen könnten Staatsausgaben künstlich hochhalten, um Wähler zu gewinnen.

Kurzfristige Effizienzprobleme:

Staatliche Maßnahmen wirken nicht punktgenau, sondern haben so genannte **time lags**. Durch diese Verzögerungen wirken Maßnahmen am Ende **nicht antizyklisch**, sondern mitunter **prozyklisch** und verfehlt.

Langfristige Effizienzprobleme:

Staatliche Maßnahmen könnten Marktmechanismen verzerren.

Crowding-Out-Effekt:

Ein Risiko dieser Haushaltspolitik ist der sogenannte **Crowding-Out-Effekt**. Wenn der Staat mehr Geld ausgibt und sich dafür stark verschuldet, könnte dies private Investitionen „verdrängen“. Unternehmen könnten durch höhere Zinsen oder höhere Schuldenkosten in ihrer Investitionstätigkeit eingeschränkt werden.

Prinzip des Keynesianismus

KEYNES

Y = C + I + G + NX

Wirtschaft in der Krise. Konsumklima schlecht, Investitionsklima schlecht, Exporte gehen mit sinkender Produktion zurück. Das wirkt auch alles negativ auf das BIP. Alles rot. Rezession!!



Jetzt muss der Staat seine Nachfrage erhöhen und positiv auf die Investitionen und den Konsum einwirken, entflammen, so wie hier auf den Bild, dann entflammt auch wieder das Gesamtwachstum

Wirkung des Crowding Out Effektes

CROWDING OUT

Y = C + I + G + NX

Wird der Staat zum Nachfrager nach Produkten und Dienstleistungen. Und verschuldet er sich noch dazu, um Kredite zur Finanzierung aufzunehmen, so passiert in den Augen der Kritiker Keynes nun zweierlei:

(1) Durch die erhöhte Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen erhöht sich der Preis für diese Güter. Das müssen die Konsument und investitionsbereiten Unternehmen ausbaden. So erhöht sich nicht ihre Kaufkraft, sondern sie sinkt.

(2) Wenn der Staat Geld nachfragt, so steigen die Zinsen für Kredite; Kredite werden teurer, man muss am Ende mehr zurückzahlen, was die Investitionsfreude der Unternehmen bremst!

Jüngere Beispiele

Konjunkturprogramme nach der Finanzkrise 2008

Nach dem Zusammenbruch großer Banken und dem Einbruch der Weltwirtschaft legten viele Staaten Konjunkturpakete auf. Diese umfassten staatliche Investitionen (z. B. Infrastruktur), Steuererleichterungen oder direkte Unterstützungen für Haushalte und Unternehmen.

WAS WAR DIE IDEE DAHINTER?

Die Krise führte zu großer Unsicherheit: Unternehmen investierten weniger, Verbraucher hielten ihr Geld zusammen. Dadurch sank die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Der Staat versuchte, diese Lücke zu schließen, indem er selbst mehr ausgab oder den Menschen mehr Geld zur Verfügung stellte. Ziel war es, den Nachfrageeinbruch abzufedern und eine tiefere Rezession zu verhindern.

Staatliche Investitionsprogramme nach COVID-19

Während und nach der Pandemie beschlossen viele Länder umfangreiche Hilfs- und Investitionsprogramme. Dazu gehörten direkte Hilfen für Unternehmen, Kurzarbeitergeld, sowie Investitionen in Digitalisierung, Gesundheitssysteme und Klimaschutz.

WAS WAR DIE IDEE DAHINTER?

Durch Lockdowns und Unsicherheit brach die wirtschaftliche Aktivität teilweise abrupt ein. Viele Unternehmen konnten nicht mehr normal arbeiten, Konsum wurde eingeschränkt. Der Staat versuchte, Einkommen zu stabilisieren (z. B. durch Kurzarbeitergeld) und gleichzeitig neue Nachfrage zu schaffen. So sollte verhindert werden, dass eine kurzfristige Krise zu langfristigen Schäden wie Massenarbeitslosigkeit oder Unternehmenspleiten führt.

Entlastungspakete in der Energiekrise (ab 2022)

Als Folge des Ukraine-Kriegs stiegen Energiepreise stark an. Viele Staaten (auch Deutschland) reagierten mit Entlastungspaketen, z. B. durch Energiepreisbremsen, direkte Zahlungen oder Steuererleichterungen.

WAS WAR DIE IDEE DAHINTER?

Die stark gestiegenen Preise verringerten die Kaufkraft der Haushalte und belasteten Unternehmen. Dadurch drohte ein Rückgang von Konsum und Produktion. Der Staat versuchte, diesen Effekt abzumildern, indem er einen Teil der Kosten übernahm oder Einkommen stabilisierte. So sollte die Nachfrage nicht zu stark einbrechen und die Wirtschaft stabil bleiben.

ANGEBOTSORIENTIERTE WIRTSCHAFTSPOLITIK (KEYNESIANISMUS)

Help him!



Milton Friedman, ein amerikanischer Ökonom, ist bekannt für seine Angebotsseitige Wirtschaftstheorie. Im Gegensatz zu Keynes glaubte er, dass die Angebotsschocks (also die Bedingungen auf der Produktionsseite der Wirtschaft) entscheidend sind, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Friedman argumentierte, dass eine gute Angebotsseite der Wirtschaft die Grundlage für langfristiges Wachstum, niedrige Inflation und niedrige Arbeitslosigkeit bildet. Der Staat soll demnach die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern, um deren Investitions- und Produktionsbereitschaft zu steigern.

FRIEDMAN

Grundannahme: Marktwirtschaftliche Systeme sind stabil.

Das bedeutet: Marktwirtschaftliche Systeme kennen keine Krisen.

Ferner: Dellen in der Konjunktur sind nur Anpassungsprobleme. Nach dem **Say'schen Theorem** findet jedes Angebot seine Nachfrage. Alles ist nur eine Frage des Preises. Das gilt für den Güter-, wie auch für den Arbeitsmarkt.

Die Folge: Das marktwirtschaftliche System - sprich der Markt - funktioniert in seinen **Selbstheilungskräften**. Arbeitslosigkeit ist kein Dauerzustand.

Ansatz: Deshalb soll sich der Staat aus dem Marktprozess heraushalten und anstatt zu intervenieren gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen.

Maßnahmen: Der Staat schafft eine gute Infrastruktur und dazu ein investitionsfreundliches Klima mit geringen Abgaben und einer geringen Steuerbelastung für Unternehmer.

Maßnahmen: Der Staat soll **deregulieren**, d.h. Forderungen zum Arbeits- und Kündigungsschutz, z.B. einen Mindestlohn, Umweltauflagen und weitere denkbare Auflagen minimieren, sodass die Unternehmen freier und kostengünstiger produzieren können.

Maßnahmen: Durch die **Deregulierung** erzielen die Unternehmen höhere Gewinne, ihnen geht es besser, sie stellen ein und zahlen höhere Löhne; sie geben also den unternehmerischen Erfolg an ihre Belegschaft weiter > **Trickle Down Effekt**.

Kritik: Zum besagten **Trickle Down Effekt** kommt es oftmals gar nicht, vielmehr zu einem **jobless growth** - einem unternehmerischen Erfolg, an dem die Belegschaft keinen Anteil hat.

Theoretische Grundlagen

- Entwickelt aus der **klassischen Nationalökonomie** (Adam Smith, David Ricardo) und der **neoklassischen Theorie**.
- Starke Beeinflussung durch die **Wachstumstheorie** und die **Theorie rationaler Erwartungen**.
- Vertreter: **Milton Friedman, Robert Barro, Arthur Laffer** (Laffer-Kurve)

Kernthesen

Langfristige Wachstumspolitik:

Wirtschaftspolitik sollte sich darauf konzentrieren, Investitionen und Produktion langfristig zu fördern, mit anderen Worten: sie sollte optimale Produktions- und Geschäftsbedingungen für die Unternehmen schaffen.

Wettbewerb und Deregulierung:

Freie Märkte führen zu effizienter Ressourcenverwendung und fördern Innovationen.

Steuersenkungen:

Niedrigere Unternehmens- und Einkommensteuern erhöhen Investitionsbereitschaft und Arbeitsangebot.

Reduzierung von Staatsausgaben:

Ein schlanker Staat soll übermäßige Eingriffe vermeiden, da hohe Staatsausgaben die private Wirtschaftstätigkeit verdrängen (Crowding Out Effekt, s.o.).

Arbeitsmarktflexibilisierung:

Weniger strikte Kündigungsschutzregelungen und Tarifbindungen sollen Arbeitslosigkeit verringern. Die Bereitschaft, Arbeitskräfte einzustellen wächst also, wenn die Bindung weniger fest ist.

Geldpolitik statt Fiskalpolitik:

Die Kontrolle der Geldmenge durch die Zentralbank soll Inflation niedrig halten, anstatt die Wirtschaft durch staatliche Investitionen zu steuern.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen

- **Steuersenkungen**, insbesondere für Unternehmen und Besserverdienende, sie werden es durch Einstellungen und Investitionen danken (Trickle-down-Effekt)
- **Privatisierung** öffentlicher Unternehmen
- **Deregulierung** von Märkten
- **Reduzierung von Sozialleistungen**, um Arbeitsanreize zu erhöhen
- **Arbeitsmarktreformen**, z. B. Lockerung des Kündigungsschutzes

Kritik an der angebotsorientierten Politik

Kurzfristig wenig wirksam:

Strukturreformen dauern lange, bevor positive Effekte sichtbar werden.

Wachsende soziale Ungleichheit:

Steuererleichterungen für Unternehmen und Vermögende führen nicht automatisch zu mehr Wohlstand für alle, da weniger regulierte Märkte oft zu ungleichen Einkommensverteilungen führen. Zudem kann der **gesteigerte Wettbewerb** in bestimmten Branchen zu **Arbeitsplatzverlusten** führen.

Mögliche Deflation:

Wenn Löhne und Nachfrage sinken, kann die Wirtschaft in eine Abwärtsspirale geraten.

Mangelnde Krisenreaktionsfähigkeit:

Angebotsmaßnahmen helfen nicht, wenn eine akute Wirtschaftskrise durch Nachfragemangel verursacht wird.

Beispiele für angebotsorientierte Politik

Reaganomics (USA, 1980er):

Steuersenkungen und Deregulierung in den USA unter Ronald Reagan.

Thatcherismus (Großbritannien, 1980er):

Margaret Thatcher setzte auf Privatisierung, Deregulierung und Gewerkschaftsschwächung.

Agenda 2010 (Deutschland, 2000er):

Mit der Agenda 2010 leitete die Bundesregierung unter Gerhard Schröder tiefgreifende Reformen des Arbeitsmarktes und des Sozialstaats ein. Dazu gehörten unter anderem die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV), strengere Zumutbarkeitsregeln für Arbeit sowie Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

Die Grundidee war angebotsorientiert: Nicht die Nachfrage sollte gestärkt werden, sondern die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Beschäftigung. Durch geringere Lohnnebenkosten, mehr Flexibilität und stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme sollte es für Unternehmen attraktiver werden, Arbeitskräfte einzustellen und zu investieren.

Die Agenda 2010 gilt bis heute als ein prägendes Beispiel angebotsorientierter Politik in Deutschland. Viele sehen in ihr einen wichtigen Beitrag zum späteren Beschäftigungsaufbau und zur wirtschaftlichen Stabilisierung. Gleichzeitig ist sie umstritten, da sie auch zu mehr Druck auf Arbeitslose und zu einem Ausbau des Niedriglohnssektors geführt hat.

Wichtige Prinzipien der angebotsseitigen Wirtschaftspolitik

Geldpolitik und Kontrolle der Geldmenge:

Friedman betonte die Bedeutung der Geldpolitik. Er glaubte, dass Inflation vor allem durch ein zu starkes Wachstum der Geldmenge verursacht wird. Daher müsse die Zentralbank (z.B. die Europäische Zentralbank oder die Fed in den USA) die Geldmenge kontrollieren und das Wachstum der Geldmenge auf einem stabilen Niveau halten.

Weniger staatliche Eingriffe:

Friedman war der Ansicht, dass der Staat in die Wirtschaft nur minimal eingreifen sollte. Er setzte auf freie Märkte, die ohne staatliche Regulierung am besten funktionieren.



Vergleichende Betrachtungen

Vergleich der Ansätze in der Krise

KEYNESIANISCHE ANSÄTZE:

In der Krise zeigten sich Keynesianischen Maßnahmen als effektiv, um kurzfristig die Wirtschaft zu stabilisieren. Durch staatliche Hilfen konnten Arbeitsplätze erhalten und die Nachfrage gestützt werden.

FRIEDMAN'SCHE ANSÄTZE:

Während viele der Friedman'schen Ideen wie die Betonung auf langfristige Preisstabilität und begrenzte Staatsausgaben in Krisenzeiten weniger angewendet wurden, wurde die Geldpolitik weiterhin als wichtig angesehen, insbesondere bei der Kontrolle von Inflation und dem Stabilisieren der Märkte.

Welcher Ansatz ist nun effektiver?

Die Wahl zwischen **Keynesianismus** und **Friedman'scher Wirtschaftspolitik** hängt stark vom jeweiligen Wirtschaftskontext ab. In Krisenzeiten, wie der **COVID-19-Pandemie**, können **Keynesianische** Maßnahmen effektiver sein, um die Nachfrage zu stabilisieren und die Wirtschaft schnell wieder anzukurbeln. Langfristig jedoch, wenn die Wirtschaft stabiler ist, könnten die **Friedman'schen** Ansätze zur Inflationskontrolle und Förderung des Angebotswachstums sinnvoller sein.

Beide Ansätze bieten wertvolle Perspektiven. Der Schlüssel liegt darin, die richtigen Instrumente im richtigen Moment einzusetzen und die Auswirkungen auf die soziale **Ungleichheit** und **Umverteilung** zu berücksichtigen.

AUF EINEN BLICK!



NACHFRAGEORIENTIERUNG

ANGEBOTSORIENTIERUNG

Konsumnachfrage, Beschäftigung

FOKUS

Produktionsbedingungen, Investitionen

Aktiver Akteur, gleicht Nachfrageausfälle aus

ROLLE DES STAATES

Möglichst gering, schafft Rahmenbedingungen

Erhöhung der Kaufkraft durch Steuerentlastung für Verbraucher

STEUERPOLITIK

Senkung von Unternehmenssteuern

Mindestlöhne, Sozialschutz

ARBEITSMARKT

Deregulierung, Flexibilisierung

Kurzfristige Konjunkturprogramme

KRISENBEWÄLTIGUNG

Langfristige Strukturmaßnahmen

Hohe Staatsverschuldung, Inflationsgefahr, nicht auf den Punkt steuerbar

KRITIK

Soziale Ungleichheit, geringe Krisenreaktionsfähigkeit



Ein weiterer Vergleich. Im Fokus: Die geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen

Ein zentrales Thema, das beide Theorien verbindet, ist die Geldpolitik. Während Friedman stark auf die Kontrolle der Geldmenge setzt, um Inflation zu bekämpfen, befürwortet Keynes eine lockere Geldpolitik in Krisenzeiten, um die Nachfrage zu stabilisieren.

Zinssenkungen:

Sowohl Keynes als auch Friedman stimmen darin überein, dass die Zinssenkung durch die Zentralbank ein wichtiges Instrument ist, um Investitionen und Konsum zu fördern. Allerdings hat Friedman dabei einen stärkeren Fokus auf die langfristige Preis- und Währungsstabilität, während Keynes Zinssenkungen als kurzfristige Maßnahme zur Bekämpfung von Rezessionen betrachtet.

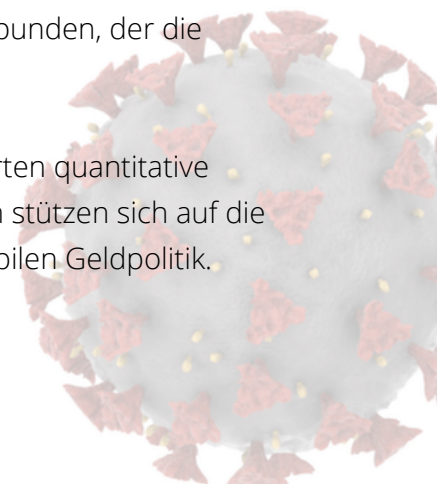
Quantitative Lockerung (QE):

Bei der Quantitativen Lockerung kauft die Zentralbank Vermögenswerte, um die Geldmenge zu erhöhen. Keynes würde dies als unterstützende Maßnahme sehen, um die Nachfrage in der Wirtschaft zu stimulieren, während Friedman dies als langfristig problematisch ansehen könnte, wenn es nicht gut kontrolliert wird.

Beispiel Corona-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat den Umgang mit Konjunkturpolitik weltweit auf die Probe gestellt. Länder wie Deutschland, USA und Großbritannien setzten enorme fiskalische Stimuli und geldpolitische Maßnahmen ein, um die Auswirkungen der Krise zu mildern.

- Fiskalische Maßnahmen: Regierungen weltweit ergriffen Maßnahmen wie Steuererleichterungen, Kurzarbeitergeld und Konjunkturpakete, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Diese Maßnahmen sind eng mit den Ideen von Keynes verbunden, der die Bedeutung staatlicher Ausgaben zur Stimulation der Nachfrage betont.
- Geldpolitische Maßnahmen: Zentralbanken senkten die Zinsen und führten quantitative Lockerung durch, um die Wirtschaft zu unterstützen. Diese Maßnahmen stützen sich auf die Ideen von Keynes, aber auch Friedman betonte die Bedeutung einer stabilen Geldpolitik.



Keynes und Friedman in einem abschließenden Szenario

Der Krise mit Keynes begegnen



Ziel: Die Nachfrage stärken, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen

Staatliche Konjunkturprogramme starten

- Große öffentliche Investitionen in Infrastruktur (z. B. Verkehrswege, Digitalisierung) schaffen Arbeitsplätze.
- Subventionen für besonders betroffene Branchen wie Tourismus und Einzelhandel.

Steuersenkungen für mittlere und niedrige Einkommen

- Mehr Geld in den Taschen der Konsumenten → steigende Nachfrage.
- Unternehmen profitieren indirekt durch höheren Umsatz.

Erhöhung der Sozialleistungen

- Arbeitslosengeld und soziale Hilfen werden erhöht, um Kaufkraftverluste zu kompensieren.
- Direkte Finanzhilfen an Haushalte zur Ankurbelung des Konsums.

Expansive Geldpolitik

- Die Zentralbank senkt die Zinsen auf ein historisches Tief (z. B. 0,5 %), um Kredite für Unternehmen und Konsumenten attraktiver zu machen.
- Quantitative Lockerung (Geldmengen-Ausweitung) stimuliert Investitionen.

Automatische Stabilisatoren greifen

- Während der Krise steigen Sozialausgaben automatisch (Arbeitslosengeld etc.), was die Nachfrage stabilisiert.

Defizitfinanzierung akzeptieren

- Staatsverschuldung steigt kurzfristig, um Wirtschaftswachstum zu erzeugen.
- Keynes argumentiert, dass Schulden durch zukünftiges Wachstum wieder abgebaut werden.

Erwarteter Effekt nach 2 Jahren:
Arbeitslosigkeit sinkt, da durch staatliche Investitionen neue Jobs entstehen.
Nachfrage stabilisiert sich, Konsum steigt.
BIP wächst wieder, Wirtschaft erholt sich.

Stellen wir uns eine Krise vor, bei der eine, vielleicht unsere Volkswirtschaft in eine Tiefe Rezession stürzt, bei der das BIP um 10% abstürzt und die Arbeitslosigkeit um 15% steigt. Wir skizzieren hier einmal einen keynesianischen Weg aus der Krise und einmal einen nach Friedman'scher Prägung.

Der Krise mit Friedman begegnen



Ziel: Die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern, damit sie Wachstum erzeugen

Steuersenkungen für Unternehmen und Vermögende

- Unternehmen haben mehr Kapital für Investitionen.
- Der sogenannte „Trickle-down-Effekt“ soll langfristig Arbeitsplätze schaffen.

Deregulierung und Bürokratieabbau

- Lockerung von Arbeitsgesetzen (z. B. Kündigungsschutz abbauen, um Neueinstellungen zu erleichtern).
- Vereinfachte Unternehmensgründungen und weniger Steuerlast für Selbstständige.

Geldpolitik: Langfristige Steuerung der Inflation

- Die Zentralbank konzentriert sich auf niedrige Inflation und stabile Geldmengenpolitik.
- Kein massives „Gelddrucken“, sondern gezielte Liquidität für Banken.

Privatisierung staatlicher Aufgaben

- Verkauf unrentabler Staatsunternehmen zur Reduzierung der Staatsverschuldung.
- Private Unternehmen sollen effizienter arbeiten als der Staat.

Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor

- Sozialleistungen werden gesenkt, um die Staatsverschuldung zu kontrollieren.
- Geringere Staatsquote soll privates Unternehmertum stärken.

Anreize für Kapitalmärkte schaffen

- Steuerliche Vorteile für Investitionen in Aktien und Anleihen.
- Erhöhung des Renteneintrittsalters, um langfristige Finanzierbarkeit der Sozialkassen zu garantieren.



Erwarteter Effekt nach 2 Jahren:
Arbeitslosigkeit sinkt, da durch staatliche Investitionen neue Jobs entstehen.
Nachfrage stabilisiert sich, Konsum steigt.
BIP wächst wieder, Wirtschaft erholt sich.